

L-000 BR 1 GB

GUJ

P1A 868J4

Textdokumentation

ZEI Die Zeit

4. April 1980 15

Quelle

Datum

Königswinter 1980

A271618

# Maggie und Helmut - in neuer Eintracht?

## Bei der dreißigsten deutsch-englischen Konferenz wurden in Cambridge hellere Horizonte sichtbar

Von Marion Gräfin Dönhoff, Josef Joffe und Michael Jungblut

Alle sahen gespannt dem Auftritt der beiden Regierungschefs Helmut Schmidt und Margaret Thatcher in Cambridge entgegen, wo in diesem Jahr zum dreißigstenmal die deutsch-englische Konferenz stattfand. Die antieuropäische Stimmung unter den zornigen Briten ließ das Schlimmste befürchten. Sie verstehen nicht, wieso England als drittärmstes Land nach Irland und Italien mit 4,8 Milliarden Mark den höchsten Beitrag in die Kasse der Brüsseler Gemeinschaft zahlen muß: „Die EG ist ein Verein zur Bereicherung der Reichen auf Kosten der Armen.“

Da war es denn eine rechte Überraschung, die beiden im Hubschrauber von Chequers Herübergekommenen an der abendlichen Festtafel einträchtig nebeneinander sitzen zu sehen. Beide strömten verdiente Zufriedenheit aus, wie sie sich einzustellen pflegt, wenn nach harter Auseinandersetzung ein intelligenter Kompromiß gefunden wurde.

Mrs. Thatchers Rede begann mit einem Zitat von Jerome K. Jerome über die Deutschen: „Für sie ist das Leben mehr als nur ein Wettlauf um Reichtum...“ Dabei beugte die Rednerin sich listig zu dem neben ihr sitzenden Bundeskanzler: „Are you listening?“ Es war eine Rede, deren Eindringlichkeit, Witz, Festigkeit und Herzlichkeit jedermann anrührte. Bei den Deutschen blieb vor allem der Satz hängen: „Unsere Präsenz in Berlin beweist, daß Eure Interessen die unseren sind und unsere Interessen die Euren.“ Ein Ausspruch, für den der Bundeskanzler — ihn noch einmal wiederholend — besonders herzlich dankte.

Die allenthalben als Eiserne Lady apostrophierte Premierministerin, die sicherlich eisern in ihrer Entschlossenheit und Beharrlichkeit ist, besitzt überraschend viel Charme, was bei solch

einem Epitheton nicht ohne weiteres zu erwarten ist. Sie arbeitet täglich 19 Stunden und ist schon allein deshalb der Schrecken der sie dennoch bewundernden Männer ihrer Umgebung. Ihr Botschafter in Bonn, Sir Oliver Wright, der zur Downing Street 10 bestellt worden war, um ihr die Deutsch-Englische Gesellschaft und anstehende Probleme vorzutragen, sagte, es sei wie ein Verhör beim Staatsanwalt gewesen: „Päng, päng, päng... rasche, bohrende Fragen, ganz konzentriert, keine Abschweifung.“

Für die Deutsch-Englische Gesellschaft war diese Konferenz mit dem Titel „Europa neu gefordert“ eine Art Höhepunkt: brillante Einleitungsreferate für die vier Gruppen, scharfe Diskussionen, kompetente Vertreter auf beiden Seiten und das Ganze in der sehr privaten Atmosphäre freundschaftlicher Fairness, wie sie nur in der Vertrautheit dreißigjähriger Erfahrung heranwächst.

☆

Ist die Afghanistan-Krise in Wahrheit eine Krise der West-West-Beziehungen? Dies war das bestürzende Fazit eines deutschen Teilnehmers — nicht ganz zu Unrecht, wie die dreitägige Diskussion mit den Engländern zeigte: Die Briten predigten Festigkeit und Solidarität mit den Amerikanern um jeden Preis, die Deutschen plädierten für Besonnenheit: „Wir dürfen die Asienkrise nicht nach Europa importieren.“

Wohl waren sich alle einig, daß die Sowjetunion ihre afghanische Beute nicht ungestraft verdauen dürfe, doch jenseits dieses frommen Wunsches stieß jedes Strategierezept auf Zweifel und Besorgnis.

Olympiaboykott? Die britischen Gäste im St. Catherine College von Cambridge stellten sich mehrheitlich hinter Margaret Thatcher, obwohl ihr NOK vom Boykott nichts mehr wissen will.

## Quelle

Sie beschworen immer wieder die Berliner Spiele von 1936: „Eine Absage an Moskau trifft das Regime an seiner empfindlichsten Stelle: an seinem Legitimitätsdefizit.“ — „Nein“, antwortete ein Abgeordneter der Bonner Koalition, „wir können unsere Empörung viel besser demonstrieren, indem wir nach Moskau gehen und dort vor aller Welt unsere Meinung sagen.“ Sport als Politik-Ersatz?

Wie soll der schwärende Krisenherd am Per-sischen Golf stabilisiert werden? „Um die Sowjetunion von weiteren Afghanistan-Abenteuern abzuschrecken“, forderte ein britischer General a. D., „müssen wir ihr einen ‚Stolperdraht‘ in Form amerikanischer Streitkräfte in den Weg legen — so wie in Berlin seit 35 Jahren.“ Ein Bonner Politiker winkte ab: „Stützpunkte im Golf richten mehr politischen Schaden unter den Anrainerstaaten an, als sie militärischen Gewinn abwerfen.“

Sind die Deutschen „weich“ geworden? Benutzen sie die deutsche Frage — das delikate Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR — als bequemes Alibi für eine Politik des *business as usual*? Diese Frage wurde zum Vorwurf, den die Deutschen nicht auf sich sitzen lassen wollten. „Wir sind nicht weich, sondern nüchtern, realistisch und konsequent“, konterte ein SPD-Parlamentarier. „Seit Jahren stocken wir das Bundeswehrbudget auf. Und ohne die mühsame diplomatische Kärnerarbeit der Bonner Regierung wäre der Nato-Nachrüstungsbeschluss nie zustande gekommen.“ Ein CDU-Landespolitiker — Wahlkampf hin oder her — gab Plankenschutz: „Wenn es gilt, die Türkei vor dem Bankrott zu retten, steht die Bundesrepublik in der vordersten Linie. Der britische Beitrag ist freilich kaum größer als der österreichische — und Wien hat immerhin schon bezahlt.“

„Wir waren ganz zufrieden mit uns“, versicherte abschließend der englische Rapporteur der Ost-West-Arbeitsgruppe, „aber wir haben kein einziges Problem lösen können.“

★

Die meisten deutschen Teilnehmer mußten zu ihrer Überraschung feststellen, daß die Briten den Bericht der Brandt-Kommission viel intensiver studiert hatten als sie selbst — vielleicht, „weil die englische Fassung nur halb so dick ist wie der deutsche Text“, wie ein Wissenschaftler aus der Bundesrepublik anmerkte.

Die Anregung, die für eine wirkungsvolle Hilfe notwendigen Mittel über eine Energiesteuer zu beschaffen, fand bei vielen Teilnehmern auch deshalb Beifall, weil dies gleichzeitig über höhere Energiepreise zu zusätzlicher Sparsamkeit führen könnte. Doch die Warnung eines Teilnehmers, es könne bei der Opec dadurch das Mißverständnis entstehen, daß sie ihren Spielraum für Preiserhöhungen noch lange nicht ausgenutzt hätte und den Ölpreis — auch zum Schaden der Entwicklungsländer — weiter erhöhen dürfe, führte dann doch bei den meisten der Anwesenden zu der Ansicht, daß nach anderen Wegen gesucht werden müßte.

## Datum

Einer dieser Wege könnte neben einer Hilfe bei der Suche nach eigenen Energiequellen Unterstützung bei der Suche nach angepaßten Technologien sein. Da in den meisten Entwicklungsländern Kapital knapp, das Angebot an (wenig qualifizierter) Arbeitskraft dagegen überreichlich ist, liegt es nahe, nach einfachen und arbeitsintensiven Technologien zu suchen.

★

Die Frage, welche Probleme in den achtziger Jahren auf uns zukommen und ob die alten Institutionen — Parteien, Regierungen, Gewerk-

schaften, Behörden — in der Lage sind, mit diesen Herausforderungen fertigzuwerden, beschäftigte auch dieses Jahr eine Arbeitsgruppe. Dabei zeigte sich, wie stark das Denken von Briten und Deutschen durch die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in ihren jeweiligen Ländern geprägt ist. Die britischen Politiker, Gewerkschafter und Unternehmer bewegte vor allem die Sorge vor einer sinkenden gesamtwirtschaftlichen Leistung und chronischer Arbeitslosigkeit. Sie sahen viel stärker als die deutschen Teilnehmer die Gefahr, daß immer mehr Arbeitnehmer unter dem Druck der Steuern und staatlichen Reglementierungen in Schwarzarbeit und eine regelrechte „Wirtschaft im Untergrund“ ausweichen. Ihre Gäste aus der Bundesrepublik betonten dagegen vor allem die inflationären Tendenzen und die von allzuvielen staatlichen Eingriffen ausgehende Gefahr wirtschaftlicher Lähmung. Die Angst vor einem Energiemangel bedrückte die deutschen Diskussionsteilnehmer verständlicherweise ebenfalls mehr als die mit Nordseeöl gesegneten und bei der Nutzung der Atomenergie weniger zimperlichen Briten.

★

Das Resümee der drei Tage? Vielleicht gaben zwei Bemerkungen ein wenig von dem wieder, was viele empfanden. Ein Oberhausmitglied meinte: „In der mir bekannten politischen Welt gibt es weder in Amerika noch anderwärts in Europa ein zweites Unternehmen dieser Art.“ Und ein Labourabgeordneter, der gerade aus Frankreich zurückkam, wo die erbosten Bauern den Union-Jack verbrannt hatten, seufzte: „Ich wünsche nur, es gäbe bei uns eine Lilo Milchsack, die ein franco-britisches Königswinter ins Leben rufen könnte, dann wären unsere Beziehungen zu Paris sicherlich besser.“

A 271619